

Marx' Krisentheorie

Thomas Walter

MarxIsMuss 2017 26. Juni 2017

Die Marxsche Theorie, so auch seine Krisentheorie, muss immer wieder neu dargestellt werden, den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend. So begann 2007 die größte weltwirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit. Das Finanzsystem versagte. Im Ergebnis hat das Wort „Krise“ auch Eingang in die bürgerliche Sprache gefunden. Für Marxisten stellt dies eine besondere theoretische und praktische Herausforderung dar. Neben der „Interpretation“ des Kapitalismus kommt es immer mehr auf die Frage der „Veränderung“ an.

Marx' ganz allgemeines Anliegen war die These, dass es sich bei der sich neu herausbildenden Wirtschaftsweise des Kapitalismus um eine geschichtlich entstandene Produktionsweise handelt mit bestimmten geschichtlich entstandenen Eigenschaften. Sie kann grundsätzlich auch wieder geschichtlich verschwinden und durch eine bessere Produktionsweise abgelöst werden. Dagegen stand die bürgerliche Vorstellung, die zwar eine geschichtliche Vergangenheit zugab, aber die neue liberale Marktordnung als natürliche, der menschlichen Natur am besten entsprechende Wirtschaftsweise betrachtete. An die Stelle des „gottgegeben“ etwa des feudalen Mittelalters trat das „natürliche“, „naturegebene“.

Vor diesem Hintergrund ist Marx' Krisentheorie zu betrachten. Die regelmäßig wiederkehrenden Krisen sind nach Marx ein Beleg für die Geschichtlichkeit des Kapitalismus, und zwar deshalb, weil Krisen im Kapitalismus anders sind als in früheren Produktionsweisen. In vorkapitalistischen Zeiten standen Naturkatastrophen, Missernten und dergleichen im Vordergrund. Hungersnöte entstanden, weil wegen der niedrigen Produktivkräfte zu bestimmten Zeiten aus natürlichen Gründen nicht genügend produziert werden konnte. Im Kapitalismus hingegen wird genau umgekehrt regelmäßig zu viel produziert, zu viel, um Profit produzieren zu können. Krisen im Kapitalismus weisen auf geschichtlich bedingte Mängel der kapitalistischen Produktionsweise hin. Diese können grundsätzlich im Rahmen einer zukünftigen Produktionsweise abgeschafft werden (Frage der Planwirtschaft, Planbarkeit von Wirtschaft).

Ein wesentlicher Unterschied zwischen bürgerlichen Ökonomen und Marx besteht darin, dass erstere annehmen, dass Marktwirtschaft, am Besten ohne staatliche Einmischung, der Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen dient („Konsumentenouveränität“), während bei Marx die Produktion von Mehrwert, der Profit, das Ziel der Kapitalisten ist. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse als eigentliches Ziel für die Menschheit erfordert erst die Einführung einer sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft (wieder Frage der Planwirtschaft, Planbarkeit von Wirtschaft).

Bürgerliche Ökonomen geben zwar auch das Profitmotiv zu, es unterliegt aber den menschlichen Bedürfnissen. Nur über die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse kann mit Profit verkauft werden. Das eigentliche Ziel, so die bürgerliche Ideologie, ist die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Angeblich werden die Kapitalisten gezwungen, diese zu befriedigen, wenn sie ihr eigenes Ziel - Profit - erreichen wollen. Hier liegt sozusagen eine Art „List der Vernunft“ (Hegel) oder eben die „unsichtbare Hand“ (Adam Smith) des Marktes vor.

Bei Marx ist es genau umgekehrt. Zwar kann nur verkauft werden, wenn eine zahlungsfähige Nachfrage besteht, wenn also für die Befriedigung eines Bedürfnisses gezahlt werden kann; aber der Verkauf findet nur statt, wenn er Profit bringt. Das eigentliche Ziel im Kapitalismus ist der Profit. Nur wenn Profit rausspringt, werden auch zahlungsfähige Bedürfnisse befriedigt.

Bei Bedürfnisbefriedigung sind grundsätzlich vielleicht zufällige Wirtschaftsschwankungen denkbar. Bürgerliche Ökonomen gestehen gelegentlich auch Marktunvollkommenheiten zu. Ein „Marktversagen“ wären Aufschaukelprozesse auf den Märkten (Keynes: „animal spirits“), die nicht rasch genug korrigiert werden. Auch liegen häufig „asymmetrische Information“ zwischen Verkäufer und Kaufinteressentem vor. Der Verkäufer, z.B. eines Gebrauchtwagens, kennt in der Regel die geheimen Mängel der Ware, die er verkaufen will, besser, zum Schaden des Käufers. Auf Dauer führt dies auch zum Versagen des Marktes. Hier kann auch aus bürgerlicher Sicht die staatliche Regulierung eines Marktes erforderlich sein.

Arbeitslosigkeit sollte es eigentlich nicht geben, weil über Angebot und Nachfrage sich ein „Gleichgewichtslohn“ einstellt, der zu Vollbeschäftigung führt. Aber Arbeitgeber zahlen womöglich freiwillig „zu hohe“ Löhne, um ihre Beschäftigten, die „Insider“, stärker an sich zu binden. Die „Outsider“ müssen draußen bleiben. Sie bekommen auch zu einem niedrigeren Lohn keinen Arbeitsplatz eben weil die Arbeitgeber die besondere persönliche Bindung an den Betrieb über höhere Löhne erkaufen („Insider-Outsider-Theorie“). Vorteile der Massenproduktion oder Kapitalkonzentration - die Großen fressen die Kleinen - sollte es in der bürgerlichen Welt auch nicht geben, obwohl diese eher die Regel als die Ausnahme sind.

Wenn aber Profit die treibende Kraft der Wirtschaft ist, dann kommt diese immer dann ins Stocken, wenn der Profit gefährdet wird. Krisen werden also im Kapitalismus durch fehlenden Profit ausgelöst. Das Kapital wird zwar durch die Akkumulation von Profit immer größer, aber das jeweilige Kapital wird nur dann neu investiert, wenn auch Aussicht besteht, dass es abermals durch neuen Profit vermehrt werden kann. In diesem Sinne ist der Kapitalismus wie ein Fahrrad, das im Stillstand umfällt. Ohne Wachstum kann der Kapitalismus nicht existieren. Der Mehrwert beruht auf Ausbeutung der Arbeitskraft. Er beruht auf dem Teil der Arbeitszeit, der nicht bezahlt wird. Um diese unbezahlte Mehrarbeit auszuweiten, ist der Kapitalismus auf ständiges Wachstum der Lohnbeschäftigung angewiesen. Dies ist die Achillesferse des Kapitalismus. Im Gegensatz dazu stünde die bürgerliche ideologische Vorstellung einer Marktwirtschaft zur Befriedigung von Bedürfnissen, die an sich auch ohne Wachstum oder gar mit mehr Freizeit bestehen könnte.

Zunächst scheint die Mehrwertproduktion gesichert zu sein. Die Kapitalisten sind im Besitz der Produktionsmittel, also der Fabriken und Maschinen. Die Arbeiter haben nur ihre Arbeitskraft zum Verkaufen. Das müssen sie tun, weil sie ein Lohneinkommen zum Leben brauchen. Dieses bemisst sich laut Arbeitswerttheorie nach dem Wert der Arbeitskraft. Die Arbeiter verdienen den Lohn, der es ihnen ermöglicht, sich und ihre Arbeitskraft und die „Ersatzmänner“¹, wie Marx noch sagte, zu erhalten und groß zu ziehen. Der Wert dieser von den Arbeitern für diese Zwecke benötigten Waren, gemessen an der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit, ist aber geringer, als die Arbeitszeit, welche die Arbeiter per Arbeitsvertrag ableisten müssen. Sie schaffen also in dieser längeren Arbeitszeit einen Neuwert, der größer ist als der Wert der Arbeitskraft. Die Differenz ist der

¹ Karl Marx, Kapital I, MEW 23, S. 186.

Mehrwert, die Grundlage für den Profit. Der Mehrwert beruht auf dem Teil der Arbeitszeit, der den Arbeitern nicht per Lohn bezahlt wird.

Von der Produktion des Mehrwerts ist die Realisierung des Mehrwerts zu unterscheiden. Die Arbeiter können das Mehrprodukt, das den Mehrwert verkörpert, nicht selbst kaufen. Das kaufen die Kapitalisten selbst. Sie tauschen sozusagen untereinander die Mehrprodukte aus. Normalerweise funktioniert die Realisierung, weil die Kapitalisten das Mehrprodukt in Form von Maschinen usw. kaufen, ja kaufen müssen, um weiterhin voll konkurrenzfähig zu bleiben und ihr Geschäft ausdehnen zu können. Allerdings funktioniert das regelmäßig nicht und auch längerfristig immer schwieriger.

Es können hier kurzfristig regelmäßig wiederkehrende Krisenursachen genannt werden und längerfristig wirkende. Das Beschäftigungswachstum kann kurzfristig immer wieder an Beschäftigungsgrenzen (aber auch andere Engpässe) stoßen. Steigen bei einer Verknappung der verfügbaren Arbeitskräfte die Löhne (was nicht sein muss), senkt dies die Profite. Marx spricht von steigenden Löhnen als „Sturmvogel der Krise“.² Die Investitionstätigkeit des Kapitalismus erlahmt, es kommt zu einem Kriseneinbruch. Die Arbeitslosigkeit steigt, Löhne bleiben wieder zurück. Die Lohnkosten für die Unternehmen sinken jetzt wieder.

Andererseits gehen die Einkommen der Unternehmen nicht beliebig zurück, weil z.B. Arbeiter gezwungen sind, notwendige Konsumausgaben weiterhin zu finanzieren über Abbau von Ersparnissen oder über Kredite. Im Ergebnis stabilisieren sich die Profite (Einnahmen der Unternehmen minus Lohnkosten der Unternehmen). Investitionen rentieren sich so schließlich wieder, ein neuer Aufschwung wird eingeleitet. Solche regelmäßig wiederkehrenden zyklischen Krisen werden durch sogenannte Profit-Squeeze oder Goodwin-Modelle mathematisch dargestellt. Für die Arbeiterklasse haben diese letztlich unberechenbaren Zyklen den Nachteil, dass sie immer wieder von Arbeitslosigkeit oder wenigstens von unsicheren oder geringen Lohneinkommen bedroht sind. Vollbeschäftigung ist eher die Ausnahme, denn die Regel.

Als längerfristige überzyklische Erscheinung stellt Marx sein „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ vor. Um die Mehrwertrate zu erhöhen, das Verhältnis unbezahlte Arbeit zu bezahlter Arbeit, muss die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Bei gleich bleibendem Lohn wird mehr produziert. Dies wird - nach Marx in der Regel - erreicht, indem menschliche (Lohn-)Arbeit durch Maschinen ersetzt wird. Der Mehrwert, der Profit, beruht aber auf unbezahlter menschlicher Arbeit. Wenn menschliche Arbeitszeit zwar einerseits produktiver wird, mehr produziert, andererseits aber durch immer größere und teurere Maschinen und Anlagen ersetzt und ergänzt wird, führt dies zu einer Verschlechterung im Verhältnis der Masse ausbeutbarer Arbeitszeit zum Wert schon akkumulierten Produktionskapitals. Dies führt zum Fall der Profitrate, Profite im Verhältnis zum Wert des eingesetzten Kapitals.

Für die Arbeiterklasse hat dies auch noch den besonderen Nachteil, dass längerfristig die „Reservearmee“ (heute etwa konjunkturelle Arbeitslosigkeit) immer mehr von einer „Lazarusschicht“³ (heute etwa strukturelle Arbeitslosigkeit) ergänzt wird, weil immer mehr mit Maschinen, weniger mit Arbeitskräften produziert wird. Arbeitslosigkeit droht nicht nur zyklisch, sondern in steigendem Maße und dauerhaft.

² Karl Marx: Das Kapital, Band II, MEW Bd. 24, S. 409.

³ Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW Bd. 23, S. 673.

Für die Kapitalisten hingegen ist ein Fall der allgemeinen Profitrate, obwohl es sich um die Rate des Profits handelt, nicht unbedingt problematisch. Sie verzichten einfach auf weitere Investitionen, stellen weniger Arbeitskräfte ein, verteidigen ihre Marktanteile, und warten ab. Überhaupt sind Krisen für Kapitalisten erst dann „kritisch“, wenn sie zu Widerstand bei der Arbeiterklasse führen.

Schon Marx wunderte sich im Band III des Kapitals, dass das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate oft doch sehr langsam oder gar nicht wirkt. Es muss also „gegenwirkende Ursachen“ geben. Eine wichtige gegenwirkende Ursache ist, dass das akkumulierte Kapital durch große technische Umbrüche oder Kriege zerstört oder entwertet wird, so dass die Akkumulationsuhr sozusagen wieder zurückgestellt wird. Bürgerliche Ökonomen sprechen gerne aus ihrer ideologischen Sicht von „schöpferischer Zerstörung“ oder „Reinigungskrise“. Dem ist der Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse entgegenzusetzen, auf deren Rücken die „Anpassungslasten“ dieser Krisen zu tragen sind.

Empirische Untersuchungen zum tendenziellen Fall der Profitrate setzen häufig erst in der Nachkriegszeit oder nach der Weltwirtschaftskrise 1929, also nach einem größeren wirtschaftlichen Umbruch, an. Seitdem lässt sich ein Rückgang nachweisen. Dabei scheint etwa ab 1982 eine Art Stabilisierung eingetreten, ohne dass deshalb aber der Kapitalismus zu seiner alten Dynamik der Nachkriegszeit zurückkehren konnte.

Vielleicht geht es bei diesem Gesetz weniger darum, dass es so sein muss, als vielmehr darum, dass es sein kann, unter durchaus realistischen Annahmen wie eben, dass technischer Fortschritt menschliche Arbeitskraft verdrängt. Das allein genügt, um die geschichtliche Bedingtheit des Kapitalismus nachzuweisen, dass es sich hier um kein natürliches, für die Ewigkeit bestehendes System handelt. Genau umgekehrt geht bürgerliche Ideologie vor. Sie versucht mit ihren mathematischen Modellen nachzuweisen, dass Konstellationen denkbar sind, wonach alles perfekt funktioniert. Dies wird dann als „Beweis“ angesehen, dass „im Prinzip“ Marktwirtschaft funktioniert. Es gibt also keinen Grund das System zu ändern.

Was tun gegen Krisen?

Sowohl bürgerliche Ökonomen als auch Marxisten sehen staatliche Wirtschaftspolitik kritisch, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Bürgerliche Ideologie vertraut dem Markt, allein schon aus ideologischen Gründen. Tatsächlich muss aber der Staat laufend eingreifen, um ein Funktionieren der Marktwirtschaft zu gewährleisten. Dies ist für den rechten Flügel der bürgerlichen Ideologen ein ständiger „Skandal“, ohne dass letztlich etwas dagegen getan wird. Gerade bürgerliche Politiker schrecken vor Staatseingriffen nicht zurück, wenn es um die eigenen Interessen geht.

Die keynesianische Schule, Gewerkschaften, Sozialdemokraten halten grundsätzlich eine Wirtschaftspolitik zur Vermeidung von Krisen für möglich. Der britische Ökonom Keynes ging einmal sogar soweit eine „ziemlich umfassende gesellschaftliche Steuerung der Investitionen“ zu fordern. Aus marxistischer Sicht ist eine nachhaltige Krisenvermeidung durch den Staat nicht möglich, wenn nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln, das Profitprinzip mit seiner Konkurrenz abgeschafft wird. So greift zwar die EU-Politik stark in die Märkte ein, aber Ziel ist immer die internationale „Wettbewerbsfähigkeit“, also der Profit unter Konkurrenzbedingungen. Damit werden der tendenzielle Fall der Profitrate und andere Krisenmechanismen weltwirtschaftlich weiter herauf beschworen.

Grenzen ideologischer Konflikte

Theorie oder Ideologie allein kann ohne kritische Praxis nichts lösen. Ich kann, wie der Philosoph Hegel, Krisen der bürgerlichen Gesellschaft für notwendig oder gar gut finden und trotzdem die bürgerliche Gesellschaft als die geschichtlich letztendliche Verwirklichung der Vernunft behaupten. Ich kann regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit als „Atmen“ der Wirtschaft auffassen. Ich kann wie die sog. Österreichische Schule den Krisenzyklus für unvermeidbar halten, trotzdem reine Marktwirtschaft fordern und Planwirtschaft als letztlich aus logischen Gründen für unverwirklichbar halten. Es bedarf also einer Gruppe, deren persönliches Interesse sich gegen die herrschenden Verhältnisse richtet und die grundsätzlich die Macht hat, sich gegen die herrschenden Verhältnisse zu organisieren und diese zu stürzen. Dies war Marx' Hoffnung in die Arbeiterklasse.

Aus Marxscher Sicht muss das kapitalistische System ganz abgeschafft werden, indem über die Produktionsmittel nicht mehr privat verfügt wird, unter Konkurrenzbedingungen, sondern kollektiv im Rahmen einer demokratischen sozialistischen Wirtschaft.

Anhang:

Die folgende Abbildung gibt wieder, um wieviel im Weltmaßstab eine Werteinheit an Investitionen die Wertproduktion insgesamt steigert. Sinkt dieses Verhältnis, muss auch tendenziell die Profitrate zurückgehen. Seit 1982, zweite Abbildung, scheint eine gewisse Stabilisierung eingetreten zu sein, auf niedrigerem Niveau. Die Daten für solche Berechnungen stammen von Weltorganisationen wie dem „Internationalen Währungsfonds“ IWF oder der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ OECD. Diese Daten müssen gar nicht so falsch sein, weil die große Masse der kapitalistischen Wirtschaft sich in wenigen Ländern abspielt wie USA, Japan, Deutschland und neuerdings China. Stimmen also in diesen Ländern einigermaßen die Statistiken, dann stimmen sie auch für die Welt insgesamt.



